

12.04.2019 12:04

von Patricia Arndt

## **Wahlfreiheit für Eltern soll erhalten bleiben**

Mönchengladbach. Am Freitag, 22. März 2019, stellte MdL Peter Kamieth (CDU) im Mönchengladbacher Haus der Erholung den „Gesetzentwurf für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten KiBiz“ vor. Eingeladen hatte der Mönchengladbacher CDU-Landtagsabgeordnete Jochen Klenner. Im Publikum begrüßt wurden neben der dritten Bürgermeisterin von Mönchengladbach, Petra Heinen-Dauber, zahlreiche Vertreter von Trägern, Ausbilder und Erziehende.

Als „das Vorhaben schlechthin“ bezeichnete Kamieth die Verbesserung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), das seit 2007 die Grundlage der Kita-Betreuung in Nordrhein-Westfalen ist. Die bisherige Unterfinanzierung hätte alle belastet, sowohl Eltern als auch Einrichtungen, begründete Kamieth den Handlungsbedarf im Kita-Bereich. Es solle einen „Pakt für Kinder und Familien geben“, als dessen Grundlage er eine auskömmliche Finanzierung der Kitas und eine Verbesserung der Qualität sehe. Das Geld aus dem vom Bund aufgesetzten „Gute Kita Gesetz“ werde zum einen in ein weiteres beitragsfreies Jahr fließen und zum anderen in die Qualitätsverbesserung der Einrichtungen. Dazu gehöre an erster Stelle der Ausbau des Personalschlüssels und die Ausbildung der Fachkräfte, die auch eine Verbesserung der Sprachförderung beinhalte. Kamieth unterstrich, dass es für die Eltern eine bessere zeitliche Flexibilität geben solle. Die Wahlfreiheit zwischen einer 45, 35 sowie auch 25 stündigen Betreuung in der Woche müsse erhalten bleiben. Zusätzlich solle es an den Randzeiten des Tages, also am Morgen und am späten Nachmittag, die Möglichkeit zur Betreuung geben, um zeitliche Engpässe bei den Eltern abzufedern. Weiterhin solle die unterjährige Aufnahme in die Kita möglich werden. „Ich bin sehr froh, dass die Politik unserem Werben für eine stärkere Wahlfreiheit bei den Betreuungszeiten Gehör geschenkt hat. Auch für Eltern, die ihre Kinder nur 25 Stunden in der Woche betreuen lassen möchten, muss es einen gleichberechtigten Zugang geben“, so Dr. Elisabeth Müller, Bundesvorsitzende des KRFD. Eine „enorme Entlastung für Familien“ sei das geplante zweite beitragsfreie Kita-Jahr. „Für die Zukunft wünschen wir uns einen finanziell harmonischen Übergang zwischen den Beiträgen für die Offene Ganztagschule und die KiTa. Diese Betreuung muss im Zusammenhang gesehen werden“, erklärt sie.